

Inklusion

+ Politiker und Eltern streiten um den Erhalt der Lernförderschulen in Niedersachsen



Das Aus der Förderschule Lernen in Niedersachsen ist längst beschlossene Sache, trotzdem wehren sich FDP, CDU und zahlreiche Elternvertreter dagegen, es gab am Dienstag Proteste vor dem Landtag und Debatten drinnen. Dabei geht es gar nicht um das Ende der Inklusion.



Saskia Döhner

13.12.2022, 16:26 Uhr



Hannover. Rund 40 Demonstrierende haben am Dienstag vor dem Landtag den Erhalt der Förderschulen für Kinder mit Lernproblemen in Niedersachsen gefordert. Aufgerufen zu der Kundgebung hatten der Regionseaternrat Hannover, die Jungen Liberalen und die Junge Union. Am Vormittag hatte das Parlament über das Thema beraten.

Im Zuge der Einführung der Inklusion, also des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Handicap an Regelschulen, war vor zehn Jahren beschlossen worden, dass die Lernförderschulen bis zum Jahr 2024 auslaufen sollen. Alle anderen Förderschulen bleiben erhalten, allerdings gibt es für Sprachförderschulen ein Neugründungsverbot. Eigentlich sollte auch diese Form der Förderschule sukzessive auslaufen, nach erheblichen Elternprotesten gab die damalige Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) den bestehenden Schulen allerdings Bestandsschutz.

Moratorium bis 2028 gewährt

Die Große Koalition in Niedersachsen gewährte dann den Lernförderschulen ein Moratorium, statt 2024 sollten die letzten Schulen erst 2028 endgültig geschlossen werden. Zuletzt gab es gegen das Ende der Förderschule Lernen erheblichen Widerstand, nicht nur von FDP und CDU, sondern auch von Eltern. Landesweit gibt es noch rund 60 Förderschulen für Schüler mit Lernschwierigkeiten.

Lesen Sie auch

[Inklusion: Region Hannover verabschiedet sich von Lernförderschulen](#)

[Inklusion: Eltern protestieren gegen das Ende der Lernförderschulen in Niedersachsen](#)

[Bildung: FDP startet Volksbegehren zum Erhalt der Förderschule Lernen](#)

Wolf Grütter vom **Regionseaternrat Hannover** zitierte einen Vater aus dem Kreis Diepholz, dessen Tochter eine Lernschwäche hat. In der inklusiven Grundschule habe sich das Mädchen stets ausgeschlossen gefühlt, weil es mit einem anderen Kind immer aus der Klasse genommen wurde und mit einer Lehrkraft extra gelernt hat. In der Förderschule, wohin es in der 5. Klasse wechselte, fühle es sich hingegen als Teil einer Gruppe.

CDU kämpft für Erhalt der Lernförderschulen, Grüne sind dagegen

Auch der Verband Niedersächsischer Lehrkräfte sieht das Aus der Lernförderschulen kritisch. Nicht alle Kinder kämen in der inklusiven Regelschule zurecht, sagt Verbandsvorsitzender Torsten Neumann. Viele Eltern entschieden sich bewusst für eine Förderschule, erklärt CDU-Bildungsexperte Christian Fühner, oft aufgrund von schlechten Erfahrungen mit der Inklusion an Regelschulen. „Aber genau dieser freie Elternwillen wird von der rot-grünen Koalition in Niedersachsen mit Füßen getreten.“ Lena Nzume (Grüne) verteidigt den Kurs der Regierung: Kinder an Lernförderschulen zeigten, je länger sie dort seien, schlechtere Leistungen, eine Rückkehr ins Regelsystem gelinge selten. Nur ein Drittel der Lernförderschüler schaffe den Hauptschulabschluss.